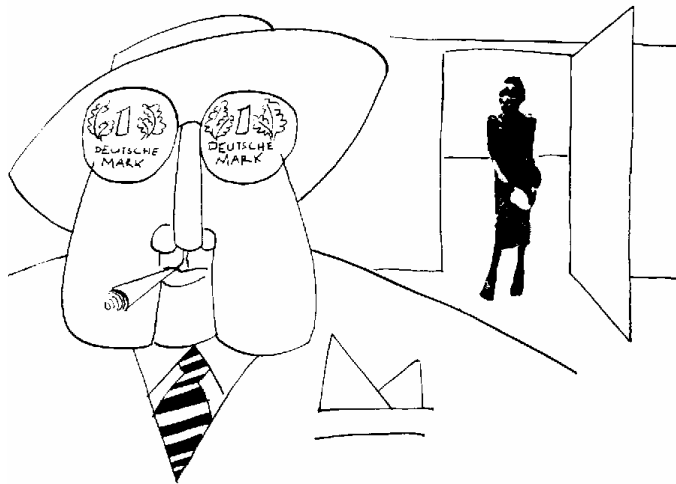


G20: Compact with Africa

Das einzige, was entwicklungspolitisch beim G20-Gipfel in Hamburg herauskam, war der von Deutschland beworbene „Compact with Africa“. Das ist ein Maßnahmenpaket, das dazu führen soll, dass sich die Anlagebedingungen für Kapital aus den G20-Ländern in afrikanischen Ländern verbessern. „Für den Kontinent soll dadurch ein Quantensprung bei der Entwicklung seiner Infrastruktur sowie beim Ausbau der Warenproduktion erreicht werden.“ (Formulierung aus einer kritischen Bewertung im Entschuldungskurier 18 von erlassjahr.de, vermutlich der „offizielle“ Sprachgebrauch der Bundesregierung.)

Daran ist sicher richtig, dass die „Entwicklungspolitik“ der reichen Länder in mehr als 50 Jahren wenig erreicht hat, weil die dafür bereit gestellten Gelder immer viel zu wenig waren. Aber besonders auch deshalb, weil die egoistische Wirtschaftspolitik derselben Länder stets dazu geführt hat, dass die kleinen Erfolge, die es hier und da gab, schnellstens konterkariert wurden. Der Nettokapitaltransfer lief immer von Süd nach Nord, nicht umgekehrt.

Wenn also jetzt privates Kapital mit Zuschüssen aus Geldern, die eigentlich für Entwicklungspolitik gedacht waren, nach Afrika gelockt werden soll, dann bedeutet



Eine uralte Karikatur – aber immer noch zutreffend

das für Länder, die sich darauf einlassen, nichts Gutes. Es kann zwar durchaus zu einer kurzfristigen Verbesserung der Infrastruktur und der Arbeitsmarktsituation in armen Ländern führen. Aber entwicklungspolitisch gesehen bedeutet es nur Verschlechterungen. Denn das private Kapital soll zu „marktüblichen Bedingungen“ verzinst werden. Der Compact für Afrika beschwört damit die nächste Schuldenkrise geradezu zwangsläufig herauf. Außerdem werden die Gewinne natürlich nicht dort bleiben, wo sie erzielt wurden, sondern in die reichen Länder zurück fließen.

Das Ganze dient also nicht der Entwicklungspolitik, sondern soll lediglich günstige Anlagemöglichkeiten für Versicherungskonzerne, Banken und reiche Investoren schaffen, die wegen der Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank um ihre Geschäftsmodelle bangen.

Ernst Standhartinger